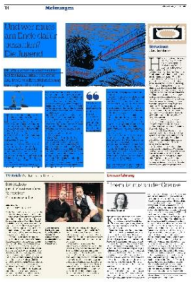
Datum: 02.10.2016

NZZ am Sonntag



Universität St.Gallen

NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 126'855
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.009
Abo-Nr.: 377009
Seite: 18
Fläche: 53'339 mm²

Und wer muss am Ende dafür bezahlen? Die Jugend

Die Wahl einer hohen Franchise bei der Krankenkasse ist nicht Ausdruck von Entsolidarisierung. Das Gegenteil ist richtig



Monika Bütler

Jetzt können wir den Jungen wieder halbwegs in die Augen schauen», meinte mein Mann nach dem Abstimmungssonntag. Tatsächlich: Das Scheitern der «AHV plus»-Initiative nahm den Jungen etwas Last von den Schultern. Aber nur einen Tag später kam die bittere Pille hintennach: Die steigenden Krankenkassenprämien treffen dieses Jahr die Jungen am stärksten. Auch weil diese eher hohe Franchisen wählen, die besonders stark von der Preiserhöhung betroffen sind.

Die Krankenkassenprämien wären auch gestiegen, wenn weder medizinische Leistungen noch Medikamente in den letzten Jahren teurer geworden wären. Weil es immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen gibt, geht ein immer grösserer Teil der Prämien der Jungen als Solidarabgabe an die ältere Generation - deutlich mehr als die heutigen Mittelalten bezahlten, als sie selbst noch jung waren.

Laut Gesetz dürfen Krankenkassenprämien für alle Versicherten ab 25 Jahren nicht vom Alter abhängen. Dieser Grundsatz wird von der Bevölkerung mitgetragen, ist aber keineswegs selbstverständlich. Würden die Prämien risikogerecht nach Alter berechnet, wären die Prämien für 30-Jährige halb so hoch wie die von 60-Jährigen und nur ein Fünftel jener der 80-Jährigen. Die Solidarität der Jungen ist aber nicht nur eine Solidarität mit den Älteren, Gebrechlichen und werdenden Müttern, sondern auch mit jenen, die mit jeder Bagatelle gleich zum Arzt rennen.

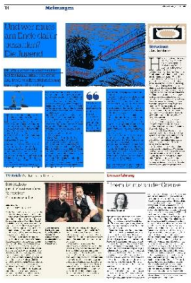
Was können die Jungen tun? Auswandern ist keine Option, anderswo ist es auch nicht besser. Eine Möglichkeit gibt es, wovon viele - nicht nur Junge - Gebrauch machen: Durch die Wahl einer hohen Franchise lässt sich die Prämienlast etwas reduzieren. Dies ist eine Auswanderung, nicht ins Ausland, sondern ins Risiko, und als solche natürlich keineswegs gratis.

Diese moderate Sparmöglichkeit wird dennoch Jahr für Jahr unattraktiver gemacht, um eine angebliche «Entsolidarisierung» zu verhindern. Zwar ist die Aufhebung des Franchise-Modells, mit der Bundesrat Alain Berset kokettiert hatte, vorläufig vom Tisch. Die deutlich höheren Aufschläge der Prämien mit hohem Selbstbehalt für 2017 gehen aber in die gleiche Richtung.

Von Entsolidarisierung kann nicht die Rede sein: Wer den höchsten Selbstbehalt wählt, bezahlt zwar etwa einen Drittel weniger Prämien, verursacht aber weniger als

Datum: 02.10.2016

NZZ am Sonntag



Universität St.Gallen

NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 126'855
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.009
Abo-Nr.: 377009
Seite: 18
Fläche: 53'339 mm²

einen Drittel der Kosten der Versicherten

Würden die Prämien risikogerecht nach Alter berechnet, wären die Prämien für 30-Jährige halb so hoch wie die von 60-Jährigen.

der gleichen Altersgruppe mit den tiefen Franchisen.

Klar: Ein Teil des Unterschieds beruht auf Selektion - die Gesünderen wählen eher einen hohen Selbstbehalt. Aber nicht nur: Ein Forscherteam der Universität Lausanne zeigte vor einigen Jahren, dass rund ein Viertel der tieferen Kosten bei höherer Franchise von sparsamerem Verhalten herrührt. Vielleicht kümmern sich die Versicherten wegen des Selbstbehalts mehr um ihre Gesundheit. Plausibler ist, dass sie weniger oder billigere Leistungen beanspruchen, wenn sie einmal krank werden. Ein Teil der Ersparnisse der sogenannt Unsolidarischen fliesst so wieder an die Allgemeinheit zurück. Und erzeugt erst noch wenigstens einen Hauch von Druck für eine sparsamere Verwendung der Mittel.

Statt die Entsolidarisierung zu beklagen, schiene es fair, auch einmal mit den Zahlmeistern unserer Sozialwerke ein bisschen solidarisch - oder wenigstens anständig - zu sein. Die Möglichkeit (noch) höherer Selbstbehalte in der Krankenkasse ist ein letztes Inselchen im Hochwasser unserer finanziellen Ansprüche an die künftigen Generationen. Vielleicht möchte ja auch der Innenminister den Jungen (zu denen er vor nicht so langer Zeit selbst gehörte) in Zukunft noch in die Augen blicken können.



Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen.